

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau
1 Mtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie
incl. Postzuschlag 1 Mtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt
an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung
Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen
Petitzelle 1½ Sgr.

Breslauer



Zeitung

N° 284.

Montag den 13. Oktober

1851.

Inhalt. Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Die dänische Erbfolgefrage.) — (Hof- und Personal-Nachrichten.) — (Der Tages-Chronik.) — (Der Büchsenverein.) — Danzig. (Sitzung des Gemeinderathes.) — Posen. (Konfiskation. Graf Potocki.) — Deutschland. München. (Interpellationen.) — Darmstadt. (Kammerverhandlungen.) — Aus Thüringen. (Die Aufhebung der Grundrechte betreffend.) — Coburg. (Das neue Staatsgrundgesetz.) — Leipzig. (Verhaftungen.) — Neustrelitz. (Der Anschluß an den Zollverein.) — Hannover. (Berichtigung.) — (Anschluß Hannovers an den Telegraphenverein.) — (Der Bundesbeschuß zu Gunsten der hannoverschen Ritter.) — Kiel. (Pöbelkrawall.) — Österreich. Wien. (Tagesbericht.) — Krakau. (Die Reise des Kaisers.) — Italien. Von der italienischen Grenze. (Das turiner Kabinett. Verurtheilungen in Neapel.) — Großbritannien. London. (Australisches Gold. Warnung der Times.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — Belgien. Brüssel. (Antwort des Königs.) — Portugal. Lissabon. (Die Emeute ist nicht zu Stande gekommen.) — Amerika. (Ausbruch von Revolutionen in Mexiko.) — Mannigfaltiges.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 12. Oktober. Das Ministerium hat seine Demission eingereicht, die des Polizeipräfekten Carlier ist unzweifelhaft. Der Grund der Ministerkrise ist das Wahlgesetz. Das Elysée beabsichtigt eine neue Politik. Allerlei Ministerlisten sind im Umlauf.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 10. Oktober, Abends 8 Uhr. Gerüchte über Ministerwechsel sind wieder aufgetaucht. Falloux ist in Paris eingetroffen und konferirt mit den Häuptern der legitimistischen Partei.

Frankfurt a. M., 10. Oktober, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 38½. Hamburg, 11. Oktbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen, fest. Roggen, pr.

Frühjahr 72 verlangt, theilweise bewilligt. Del. 19½, pr. Frühjahr 21 begeht.

Paris, 10. Oktbr., Nachm. 5 Uhr. 3proz. 55, 75. 5proz. 91, 25.

Liverpool, 8. Okt. Der 9., 10. und 11. d. M. werden des Besuchs

der Königin wegen als Festtage gefeiert werden.

London, 9. Oktbr., Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 96¾, 7½.

Liverpool, 8. Oktbr. Baumwolle: 6000 Ballen Umsatz; Preise gegen gestern

unverändert. (Berl. Bl.)

Noch deutlicher spricht sich jene Mittheilung aus, wenn sie unter den Gründen, die die Diplomatie für die Annahme des dänischen Vorschlags geltend macht, unter andern auch anführt, man weise darauf hin, daß der Herzog von Augustenburg bis jetzt seine beste Stütze an Preußen gehabt habe, daß es aber möglich sei, daß der Herzog, wenn er die Lage der Sache, wie solche einmal vorhanden, und seine persönliche Stellung zu derselben so erkennen sollte, daß er sich für eine gänzliche Zurückweisung der ihm gemachten Entzagungsvorschläge entscheide, diese Stütze leicht verlieren könne.

Das C. B. äußert sich heut in derselben Sache folgendermaßen: „Gegenüber den verschiedenen Mittheilungen in hiesigen, wie auch in französischen Blättern, können wir in Bezug auf die schleswig-holsteinsche Angelegenheit nach Nachrichten aus erster Hand versichern, daß was die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg betrifft, diesseits daran festgehalten wird, dieselben durch entsprechende Entschädigung auszugleichen. In Bezug auf die diesseits Dänemark gegenüber eingenommene Position ist zu bemerken, daß man keineswegs ein Zerreissen der dänischen Gesammonarchie beabsichtigt. Man kommt so immer mehr auf die auch von Russland und Österreich festgehaltene Idee, die dänische Monarchie in allen ihren Theilen als untrennbar zu betrachten, zurück und wird nur den Zusammenhang Holsteins mit Deutschland und die ständischen Institutionen des Herzogthums streng im Auge behalten.“

Berlin, 10. Okt. [Hof- und Personal-Nachrichten.] Se. Maj. der König hatten zum heutigen Diner in Sanssouci außer dem Herrn Ministerpräsidenten und dem Grafen Westmoreland nebst dessen Sohne, den Gen.-Lieut. v. Schreckenstein, den Grafen Berndorff und den Gesandten v. Bockelberg befohlen.

Der kgl. Gesandte in Paris, Graf Hassfeld, wird zu heut Abend oder morgen hier erwartet. Die Geschäfte der Legation werden inzwischen von dem Grafen Brandenburg versehen werden.

Graf Westmoreland wird sich in den nächsten Tagen auf seinen Gesandtschaftsposten nach Wien begeben. (Pr. 3.)

Am 11. Okt. Sr. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Nör nebst Ihrer Durchl. der Prinzessin Henriette zu Schleswig-Holstein-Nör sind aus Nör hier angelommen. Se. Durchl. der Prinz Hermann zu Lippe-Detmold ist aus Nauen hier eingetroffen und der königl. dänische Kammerherr Graf v. Moltke-Hoitsfeld aus Kopenhagen.

Der Handelsminister Herr v. d. Heydt wird der Eröffnung des Post-Kongresses am 15ten nicht beiwohnen, indem derselbe seinen Aufenthalt in London verlängert hat, um noch die Ehre zu haben, Ihrer Majestät der Königin Victoria vorgestellt zu werden. Herr v. d. Heydt wird etwa am 18. d. M. hier wieder eintreffen. (Das C. B. versichert: Herr v. d. Heydt werde am 16. eintreffen.)

Ein hiesiges Blatt hat die Nachricht „erfunden“, daß der diesseitige Gesandte in St. Petersburg, General v. Nochow, zu Weihnachten von dort hier wieder eintreffen wird. Wir dürfen versichern, daß der General v. Nochow beabsichtigt, bestimmt bis nach dem russischen Neujahr in St. Petersburg zu verbleiben und seine spätere Abreise nur von seiner Gesundheit bedingt werden wird.

Der General-Lieutenant und kommandirende General des 2. Armee-Corps, v. Grabow, ist aus Stettin, und der General-Lieutenant und Kommandeur der 4. Division, v. Wedell, aus Bromberg hier eingetroffen.

Der lais. russische General-Lieut. und General-Majorant Sr. Majestät des Kaisers, v. Anrep, ist von hier nach St. Petersburg abgereist. (N. Pr. 3.)

Berlin, 11. Oktbr. [Zur Tages-Chronik.] Heute früh fand ein Minister-Rath statt, in welchem wiederum die einzelnen Positionen der Staats der Berathung unterlagen. Zugleich durfte die Erweiterung oder Modificirung der dem diesseitigen Bevollmächtigten zum Sachverständigen-Kongresse in Frankfurt, geh. Regierungs-Rath Delbrück erhaltenen Instructionen in Frage gekommen sein. Hr. Delbrück ist zu diesem Zweck gestern Abend hier eingetroffen und wird morgen Abend wieder abreisen. Ob diese neuen Instructionen das Zugeständniß enthalten werden, daß sich Preußen in Frankfurt auf Verhandlungen über Zoll- und Handels-Angelegenheiten einläßt, ist noch sehr fraglich, da dies bisher sehr entschieden abgelehnt wurde.

Die Unwesenheit des Hrn. v. Bethmann-Hollweg hat, so viel wir vernehmen, den Bruch mit der Kreuzzeitungspartei vollendet und zugleich Anlaß zur Gründung der schon im vorigen Jahre von sehr vermögenden Mitgliedern der ersten Kammer projizierten Zeitung, welche hier erscheinen soll, gegeben. Nach einem unter den Freunden des Hrn. v. Bethmann-Hollweg circulirenden Programm ist dies neue konservative Blatt in großartigem Maßstabe angelegt und dürfte hinsichtlich seiner Tendenz zwischen den Organen der Regierung und der N. Pr. Stg. stehen, deren Partei sich dann unzweifelhaft in zwei Lager theilen wird. In Betreff der Redaction dieser neuen Zeitung ist noch keine weitere Bestimmung getroffen.

Bei Gelegenheit des Baues der ersten Kammer dürfte es nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß diesmal besser als bisher bei den preuß. Parlamentsgebäuden für geeignete Plätze der Journalisten und Zeitungs-Referenten gesorgt werde. Es ist dies eine Angelegenheit der gesammten Presse, welche bisher immer den Interessen des neugierigen Publikum nachgesetzt wurde.

Von den verschiedensten Seiten, namentlich auch in Folge der Bestimmungen des Ober-Kirchenrats in Bezug auf die freien Gemeinden mehren sich die Anerkenntnisse

Berlin, 11. Oktbr. [Die dänische Erbfolgefrage.] Über den gegenwärtigen Stand der dänischen Erbfolgefrage bringt die „B. 3.“ einige Mittheilungen, deren Inhalt ganz geeignet ist, die schlimmsten Befürchtungen zu bestätigen, welche sich an die bereits erwähnte Nachricht der „Patrie“ über die Entscheidung der preußischen Regierung in dieser Lebensfrage Deutschlands knüpfen. Die „B. 3.“ meldet nämlich: „Man bezeichnet die Stellung, welche die europäischen Kabinette in ihrer größeren Mehrzahl der deutsch-dänischen Angelegenheit und speziell der Erbfolgefrage gegenüber einnehmen, als eine solche, daß die Erbansprüche des Herzogs von Augustenburg wohl schwerlich anders, als durch Waffenentscheidung zur Geltung gebracht werden könnten. Um nun eine friedliche Lösung der Angelegenheit herbeizuführen, soll man den Weg eingeschlagen haben, dem Herzoge von Augustenburg ein Arrangement in Betreff einer Entzagung auf seine Erbfolgeansprüche in Vorschlag zu bringen. Die wesentlichen Punkte dieses vorgeschlagenen Arrangements sollen, äußerlichem Vernehmen nach, darin bestehen, daß dem Herzoge von Augustenburg ein Jahrgehalt von 70 bis 80,000 Thalern, zu deren Zahlung Dänemark für die Verzichtsleistung des Herzogs von Augustenburg bereit sein soll, angeboten werden. Noch soll der Herzog von Augustenburg auf den betreffenden Vorschlag nicht eingegangen sein, doch auch die Unterhandlungen noch nicht abgebrochen, und glaubt man, die schließliche Einwilligung des Herzogs noch für wahrscheinlich halten zu dürfen.“

der Nothwendigkeit, im Wege der ordentlichen Gesetzgebung die Civil-Ehe einzuführen. Obchon es sicher auch nicht an desfallsigen Vorstellungen beim Justizminister gefehlt hat, scheint derselbe doch in der kommenden Session noch nicht mit einem Gesetz-Entwurf, den er den Kammern zugehen läßt, die Initiative ergreifen zu wollen. — Die Einführung der gerichtlichen Todtenchau, wie sie in England besteht, ist auch bei uns oft genug angeregt worden, und wenn in Folge der politischen Verwicklungen der letzten Jahre solche spezielle Materien etwas zurückgedrängt wurden, so hat der spezielle Thomaschecke Fall die Frage wegen der gerichtlichen Todtenchau auch in Kreisen zur Sprache gebracht, die der Realisierung wohl Vorschub leisten können. — Die Einrichtung der Bezirks-Arzte in Berlin bietet einen Anknüpfungspunkt, der früher fehlte.

(C. B.)

Der Nachricht über das Ausbleiben des in Böhmen befindlichen Tomascheck ist noch hinzuzufügen, daß der Polizei-Lieutenant Rockenstein, der in Person nach dem jehigen Aufenthaltsorte des Tomascheck gegangen ist, um ihn hierher zu transportiren, zwar dessen sofortige Haftnahme von den böhmischen Behörden, nicht aber dessen Auslieferung bewirkt hat, daß vielmehr erst bei den österreichischen Oberbehörden Rückfrage gehalten worden ist, ob die Auslieferung erfolgen kann, und es den Anschein gewinnt, als ob die direkte Ueberlieferung nicht genehmigt werden wird, so daß der gewöhnliche Weg zur Erlangung von Verbrechern durch Vermittelung des auswärtigen Ministeriums würde eingeschlagen werden müssen. Tomascheck's Frau ist übrigens nicht in Böhmen bei ihrem Manne, sondern soll in Amerika sein und den größten Theil des durch die Betrügerei erlangten Geldes mit sich genommen haben, so daß für die Lebensversicherungen wenig Aussicht zur Entschädigung vorhanden sein soll.

(Sp. 3.)

Die heutige Nummer der „Allg. Ger.-Ztg.“ ist polizeilich mit Beslag belegt worden.

Die von verschiedenen Seiten gebrachten Mittheilungen, wonach die lgl. Seehandlung gesonnen sei, sich bei dem Kolonisations-Unternehmen für Mittel-Amerika zu betheiligen, ist nach der „Sp. 3.“ vollständig unbegründet.

Die „Pr. 3.“ äußert sich heute über die jetzt vielfach besprochene Verlegung der Börse. Die Regierung habe den Börsenältesten den Platz, auf welchem die abgebrannte erste Kammer stand, angeboten, der den doppelten Flächeninhalt des jehigen Börsengebäudes gewähren könne. Die „Pr. 3.“ stellt die Annahme dieses Vorschages nicht allein als im Interesse der Kaufmannschaft liegend, sondern auch als patriotisch dar. Es sei bekanntlich eine Lieblingsidee Sr. Majestät, die ganze Seite des Domes mit dem neuen Dombau zu schmücken, und dies soll namentlich nach dem angelegten Plane dadurch geschehen, daß vom großen Schloßportale bis zum Dome selbst und von dessen rechtem Flügel, an der Börse vorüber bis zum neuen Museum, eine Säulenhalde von Marmor aufgeführt werde; das Börsengebäude dürfe dem störend in den Weg treten, und man würde gewiß den Wunsch des Königs nicht besser ehren können, als dadurch, daß man freudig und offen diesen Platz für die Ausführung der königlichen Pläne darbringt.

[Der Büchsenverein.] Die wegen ihrer Betheiligung am Büchsenverein am 3. Oktober verhafteten Personen sind am 8. d. M. aus dem sogenannten Polizeiwahns in den Kriminalrest übergesetzt und nun innerhalb 24 Stunden dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Es sind ihrer 11, von denen nur der Lieutenant a. D. v. Jarriges und der Kaufmann Steinberg zu den bekannten Persönlichkeit gehörten. Ersterer hatte sich bei verschiedenen Arbeitervereinen seit dem Jahre 1848, vor dem er bereits den Militärdienst verlassen, betheiligt, und bei seinen vielfachen Kenntnissen überall, wo er aufgetreten ist, großen Einfluß gehabt, der zweite ist bereits im Jahre 1848 wegen seiner Betheiligung an dem bekannten (Eselz-) Zuge gegen das Bürgerwehrgezetz mit dem Gericht in Berühring gekommen. Außer diesen beiden Personen sind in Betreff auf den vorliegenden Verein der Tischler Boy, der Rendant des Vereins und der Kommissionär Schulze, dessen Vorstand, besonders hervorzuheben, während die übrigen und zwar: der Gastwirth Simon, der Tischler Sydow, der Zimmermann Herald, der Grayeur Liefeld, der Kleiderhändler Kramer, der Zimmermann Möricke und die verehelichte Hagendorf nur als Mitglieder bei dem Verein betheiligt sein sollen. Im Ganzen sind übrigens jetzt 28 Büchsen mit Beslag belegt worden. Die Fahne, welche man in der Wohnung des Kaufmann Steinberg gefunden haben soll, ist roth und ohne alle Abzeichen, und soll der von dem demokratischen Klub im Jahre 1848 geführten Fahne sehr ähnlich sein, derselben, welche der jetzt flüchtige Regierungs-Referendar Schramm eine Zeit lang besaß und die bald darauf verschwunden war und es bis jetzt geblieben ist. Der Kasten, der in der Wohnung des Kommissionär Schulze gefunden worden sein soll, hat dazu gedient, die Fragen der in den Versammlungen anwesenden Mitglieder aufzunehmen, die demnächst von einem aus der Versammlung beantwortet worden sind. Da der Voruntersuchungsrichter mit grossem Eifer den Verfolg der Sache betreibt, so wird wahrscheinlich der Enderfolg nicht mehr lange auf sich warten lassen.

(Sp. 3.)

Danzig, 9. Oktober. [In der gestrigen Sitzung des Gemeinderathes] wurde eine Kommission von 7 Gemeindeverordneten gewählt, welche in Verbindung mit einigen Mitgliedern des Gemeindevorstands eine Petition an die Kammern in Betreff der von der Regierung vorgeschlagenen Abänderungen der Gemeindeordnung entwerfen soll.

(Danz. Dampfb.)

Posen, 8. Oktober. [Konfiskation. — Graf Potocki.] „Goniec“theilt mit, daß die hiesige Polizei das Manuscript des Briefes, in welchem der Rechtsanwalt Krauthofer den Niemojewskischen Antrag wegen Verleihung einer besonderen Verfassung für das Großherzogthum Posen gegen den Tadel des „Goniec“ in Schutz genommen hatte und der in der Nummer vom 8. d. M. im „Goniec“ abgedruckt war, in der Stefanikischen Druckerei konfisziert hat. — Dasselbe Blatt meldet unter Krakau, den 3. Oktober, über den Grund der Verhaftung des Grafen Adam Potocki Folgendes: Der Herr Graf Adam Potocki ist noch immer nicht in Freiheit gesetzt. Der Grund oder vielmehr der Vorwand zu seiner Verhaftung soll folgender sein: „Im Jahre 1848 war derselbe Kommandeur der Krakauer Nationalgarde, und hatte als solcher eine bedeutende Anzahl von Gewehren Beufs einer besseren Bewaffnung der von ihm kommandierten Nationalgarde auf seine Kosten in England bestellt. Die Gewehre kamen wohl eingepackt bis Hamburg, blieben aber dort liegen, weil die politischen Verhältnisse sich inzwischen geändert hatten und von einer Nationalgarde nicht mehr viel die Rede sein konnte. Als die Österreicher in der letzten Zeit Hamburg besetzt hatten, fanden sie dort die an den Grafen Potocki adressierte Waffensendung und auf Grund dieser Entdeckung soll der Letztere verhaftet worden sein.“

Deutschland.

München, 8. Okt. [Interpellation.] Der Fürst v. Wallerstein hat

heute wieder zwei Interpellationen, eine an den Minister des Innern, die andere an das Gesamtstaatsministerium beim Kammerpräsidium eingereicht. Die erstere, über die österreichischen Einquartierungsgelder, lautet: 1) Ist der damals als abgeschlossenwerdend bezeichnete Vertrag (mit Österreich über die Verpflegung seiner Truppen in Baiern) zu Stande gekommen? 2) Wenn ja, gewährleistet derselbe wirklich die volle Entschädigung nach Maßgabe des neuen bairischen Gesetzes? 3) Welcher Betrag an Entschädigungsgeldern ist noch im Rückstand begriffen, und warum? 4) Werden die vertheilten Gelder unter alle beteiligten Polizeidistrikte gleichmäßig nach Maßgabe ihrer Forderungsquoten vertheilt, oder trat eine ungleiche Vertheilung ein, wie und warum? 5) Können die sehnlich harrenden Quartierträger endlich auf den ihnen gebührenden vollständigen Bezug zählen? Die zweite Anfrage lautet: 1) Hat die bairische Regierung aus bairischen Staatsmitteln Zahlungen zum Zweck der militärischen Besetzung Kurhessens geleistet? 2) Wenn ja, hat sich die bairische Regierung einer Deckung versichert, welche weder dem bairischen Steuerpflichtigen noch dem ohnehin in seinen heiligsten Rechten tief verletzen biedern Hessenstamm zur Last fällt?

(D. A. 3.)

Darmstadt, 8. Oktober. [Kammerverhandlungen.] Bei dem Beginnen der heutigen Kammersitzung übergab der Direktor des Finanzministeriums einen Gesetzentwurf über Konvertirung des 5 p.C. Anlehens von 1 Mill. Gulden vom 19. Mai 1848 in ein 4½ p.C. von 950,000 Gulden. Die Aufkündigung des ersten Anlehens soll hierauf in aller Kürze erfolgen. — Die Kammer schritt hierauf zur Fortsetzung der seit gestern begonnenen Berathung des Berichts über die Finanzverwaltung von 1845—47. — Der einstimmige Antrag des Finanzausschusses geht dahin, die definitiven Resultate der Finanzverwaltung von 1845—47 nur mit einem Überschuss von 2,308,928 Fl. für gerechtfertigt anzuerkennen. Eine Majorität will diesen Überschuss um ca. 60,000 Fl., eine Minorität um ca. 80,000 Fl. erhöht wissen. — Die heutige Verhandlung verlor sich zum Theil, wie bei der Erwerbung des du Thil'schen Hauses um 48,000 Fl. und dem in die Hofküche aus den Domänenparks gelieferten Bild-interpret, ins Pikante, ohne daß einer der verschiedenen Anträge Stimmenmajorität erhielt.

(Fr. 3.)

Aus Thüringen, 8. Okt. [Die Aufhebung der Grundrechte betreffend.] Bei den Verhandlungen des Coburger Landtages über das neue Preßgesetz äußerte u. A. der frühere meiningerische Minister v. Spezhard: „Kein Staat habe das Recht, die Grundrechte einseitig wieder aufzuheben; ebensowenig sei nach seiner Ansicht der Bundestag selbst hiuz berechtigt.“ Die letztere Aeußerung hat um so mehr Aufmerksamkeit erregt, als Hr. v. Spezhard durchaus nicht einer extremen politischen Richtung angehört. Demohngachtet zweifelt Niemand daran, daß auch bei uns der Bundesbeschluß über Aufhebung der Grundrechte verkündigt werden wird, wenn vielleicht auch unsere Regierungen es für angemessen erachten, damit so lange zu zögern, bis ihnen die meisten anderen vorangegangen. — In jenem Betreff befindet sich nun aber der eine unserer Staaten in einer vortheilhafteren Situation, als der andere. So hat z. B. der weimarsche Landtag im Jahre 1849 den von einigen Mitgliedern gestellten Antrag, die im Regierungsbüll publizirten Grundrechte durch seine Zustimmung noch nachträglich zu einem Landesgesetze zu erheben, abgelehnt, und zwar aus dem ausdrücklich angeführten Grunde, weil sie als Reichsgesetze einer solchen Zustimmung nicht bedürfen; und wiederum ging später die Regierung nicht auf den Antrag ein, dieselbe in das neue revidirte Grundgesetz aufzunehmen; während die neue gothaische Verfassung sie vollkommen und mit noch erweiterten Zusätzen zu Gunsten der Volksfreiheit enthält. Durch den neuen Bundesbeschluß sind demnach die Grundrechte für das Großherzogthum Weimar oktroyirt; während sie für das Herzogthum Gotha fortbestehen, da der Bundestag sie eben nur als Reichsgesetze für rechtsungültig erklärt hat.

(F. 3.)

Koburg, 7. Oktbr. [Das neue Staatsgrundgesetz] liegt unserer Unionskommission gegenwärtig schon vor und ist bereits einer Subkommission zur Revision überwiesen. Soviel wir dasselbe jetzt zu übersehen vermögen, ist der Abschnitt, welcher von den Staatsangehörigen und deren allgemeinen Rechten und Pflichten handelt, theilweise den Frankfurter Grundrechten, theilweise aber auch dem ursprünglichen Dreikönigsentwurf vom 26. Mai 1849 entnommen. Für den Fall nämlich, daß bei kinderlosem Absterben des Herzogs der Prinz Albert zur Zeit des Anfalls der Regierung verhindert sein sollte, seinen wesentlichen Aufenthalt im Herzogthume zu nehmen, soll denselben ausnahmsweise gestattet sein, die Regierung des Herzogthums durch einen Statthalter führen zu lassen. Von der Nachfolge in die Regierung des Herzogthums sind der regierende König von England und der voraussichtliche englische Thronfolger (heir apparent des englischen Rechts) ausgeschlossen, dergestalt, daß die Regierung sofort auf den nach ihnen zunächst berechtigten Prinzen übergeht. Ist jedoch zur Zeit eines Erfalles außer dem regierenden Könige von England oder außer dem englischen Thronfolger oder außer beiden ein successionsfähiger Nachkomme aus der Speziallinie des Prinzen Albert nicht vorhanden, so hat im ersten und dritten Falle der König von England, im zweiten Falle der englische Thronfolger die Regierung des Herzogthums anzutreten und dieselbe durch einen Statthalter so lange führen zu lassen, bis sie von einem volljährigen successionsfähigen Prinzen aus der Speziallinie des Prinzen Albert übernommen werden kann. Im Falle der Regierungsummündigkeit eines Herzogs übernimmt die leibliche Mutter desselben die Reichsverwaltung, welche durch Beschluß eines Familiennrates und mit Zustimmung des gemeinschaftlichen Landtages aufgehoben werden kann. Besteigt ein Herzog einen außerdeutschen Thron, so wird seine Verzichtsleistung auf die Regierung des Herzogthums angenommen.

(R. 3.)

Leipzig, 10. Okt. [Verhaftungen.] Infolge des vielbesprochenen Waldheimer Entweichungsversuchs sind, wie wir vernehmen, bis jetzt 17 dem Militärstande angehörige Personen eingezogen worden und befinden sich hier in Untersuchung. Unter dem Civilstande ist hier in Leipzig bis jetzt keine mit jenem Vorfall in Zusammenhang stehende Verhaftung vorgenommen worden, und scheint das ganze Unternehmen überhaupt hier keine Mitwisser gehabt zu haben.

(D. A. 3.)

Neustrelitz, 8. Oktober. Die halboffizielle „Neustr. Ztg.“ erklärt, daß auch an die strelitzsche Regierung eine Aufforderung, sich dem Zollverein anzuschließen, bisher noch nicht ergangen sei.

Hannover, 10. Okt. Von der Hannov. Ztg. wird die Nachricht der „W-Z.“, daß der König am 6. die Durchführung der Neuorganisationen genehmigt habe, wie zu erwarten, für ungegründet erklärt.

Anschluß Hannovers an den Telegraphen-Verein.] Die „Hann. Z.“ knüpft an einen Artikel der „Austria“ die Mittheilung, daß in diesen Tagen zu Berlin ein Vertrag über den Anschluß Hannovers an den deutschen Telegraphenverein zwis-

schen den dazu Bevollmächtigten der Regierungen Preußens und Hannovers abgeschlossen ist. Die vorbehaltene Genehmigung der beiderseitigen Regierungen soll mit aller Wahrscheinlichkeit in den nächsten Tagen erwartet werden können.

[Der Bundesbeschluß zu Gunsten der hannoverschen Ritter.] Die H. Z. teilt den Wortlaut der telegraphischen Depesche mit, welche die Nachricht über den Beschlüsse der Bundesversammlung in der Beschwerdesache der hannoverschen Ritterschaften gebracht hat. Sie lautet folgendermaßen: „Der Antrag des Reklamations-Ausschusses in der hannoverschen Provinzial-Landschafts-Beschwerde ist in folgender Fassung mit 11 Stimmen angenommen: 1) die Königlich hannoversche Regierung um die Abgabe ihrer (Erklärung) unter Rücksendung der mitzutheilenden Beschwerdeschrift nebst Anlagen zu ersuchen, 2) dieselbe ferner, ohne daß dadurch den in der Sache in Betracht kommenden formellen und materiellen Vorfragen irgend wie präjudizirt sein soll, zu ersuchen, mit Gesetzen und Verfügungen gegen die bestehenden Provinzialverfassungen vorerst einzuhalten und 3) von diesem Beschlusse die Beschwerdeführer in Kenntnis zu setzen. Frankfurt, 3. Oktober 1851.“

Die A. Z. bestätigt die uns von unserem Frankfurter Korrespondenten mitgetheilte Nachricht, daß der Beschlüsse nur mit Mehrheit von einer Stimme gefaßt worden und dies die Stimme des dem Hrn. v. Scheele substituirten oldenburgischen Gesandten war. Sie fügt hinzu: „Inzwischen sind (wie schon bekannt) von landschaftlichen Städten Eingaben bei der Bundesversammlung eingegangen, in welchen die Anliegen der landschaftlichen Ritterschaften bekämpft werden. Man ist begierig, ob auch diese einen Bundesbeschluß nach sich ziehen und der hannoverschen Regierung zur Erklärung darüber werden vorgelegt werden, oder ob, wie es den Anschein hat, zunächst nur mit Hilfe Frankfurts ein aristokratisches Ministerium in Hannover erzielt werden soll. Das jetzige hält es für besondere Pflicht, daran festzuhalten, daß etwaige Zugeständnisse nur in Hannover selbst auf allgemein verfassungsmäßigem Wege zu Stande kommen. Ebenso sagt man, daß Bayern auch in der hannoverschen Sache entschieden an dem Grundsatz festhalte, daß Abänderungen in den Verfassungen der Einzelstaaten nur auf allgemein verfassungsmäßigem Wege getroffen werden können.“ — (Sollten hier etwa „verfassungsmäßige“ Konzessionen, die auf Umwegen zu dem in Frankfurt erstrebten Ziele führen würden, gemeint sein?)

Kiel., 9. Okt. [Pöbelkrawall.] Eingegangenen Nachrichten zufolge hat am 6. d. M. ein arger Pöbel-Krawall in Apenrade stattgefunden. Namentlich sollen dem deutsch gesessnen Kaufmann Lüders die Fenster eingeworfen sein, so wie ihm ein sehr erheblicher Schaden durch die Tumultuanten erwachsen ist. Eben so ist es in Cappeln der Fall gewesen. Die von einem Gastwirth daselbst erbetene Erlaubniß, eine Abendgesellschaft geben zu dürfen, ist von dem Kommandanten nur verstattezt, wenn man dieselbe am 6. Oktober halten wolle, weil an des Königs Geburtstag solche Vereine erlaubt wären. Da indessen schon früher ein anderer Tag für diese Gesellschaft bestimmt worden war, und demnach die Zusammenkunft unterblieb, wurden mehreren Einwohnern die Fenster eingeworfen. Eine Folge war, daß wegen dieser gefährlichen Unruhen der Flecken mit stärkerer Einquartierung belegt sein soll. Ein Landmann aus Angeln erzählte dieses. Sehr wünschenswerth wäre eine offizielle Mittheilung über den behaupteten und gelügneten Krawall in Kopenhagen zwischen den Schleswigern und den dänischen Matrosen. Nach einigen Mittheilungen sollen bei diesem Krawall drei Schleswiger erschlagen worden sein. (H. C.)

D e s t r e i c h .

* **Wien,** 11. Okt. [Tagesbericht.] Der Kaiser ist gestern Abend nach Galizien abgereist, nachdem er des Morgens von sämtlichen Ministern den Eid nach der neuen Eidesformel abgenommen.

In der vor einigen Tagen abgehaltenen großen Sitzung des Minister- und Reichsraths, wobei der Kaiser präsidierte, fand der Plan der Umwandlung des Reichsraths in einen Reichssenat so viele Billigung, daß diese Veränderung als gewiß zu betrachten ist, und der Reichssenat mit legislativer Gewalt den Konzentrationspunkt für alle Interessen bilden wird. — Auf kaiserlichen Befehl wurde eine Kommission gebildet, welche über die Feststellung des künftigen politischen Organismus des Kaiserstaats zu berathen hat. Diese Kommission besteht aus den Ministern: Dr. Bach, Frhr. Philipp v. Kraus und Ritter v. Baumgartner, und aus den Reichsräthen Frhr. v. Krieg, Hr. v. Salvotti und v. Pürkhardt. — Das Budget für das nächst beginnende Verwaltungsjahr ist bereits angefertigt und wird nächstens veröffentlicht. Der Voranschlag der Gesamtausgabe ist mit 230 Mill. fl. berechnet.

Die Gleichstellung der protestantischen und katholischen Bischöfe ist bereits ausgesprochen und genehmigt, und wird demnächst auch öffentlich publiziert.

Bei der Wahl eines Dekanes für die philosophische Fakultät wurde an die Stelle des Professor Boniz der Professor Fenzl gewählt. In Folge dessen gab der Prof. Karajan seine Demission, welche auch angenommen wurde. — Gestern hat Prof. Philipp seine Vorlesungen über „deutsche Reichs- und Rechts-geschichte“ begonnen und bei seinen vielen Zuhörern wahrhaftes Euthusiasmus erregt. — Die meisten Kollegien an sämtlichen Fakultäten begannen im Laufe dieser Woche. Künftige Woche wird auch die Klinik des Prof. Oppolzer eröffnet, welche Verzögerung deshalb eintrat, weil die Säle der Klinik neu und bequem hergestellt wurden. — Eine bedeutende Anzahl Ausländer befinden sich jetzt hier, um medizinische Kollegien zu besuchen. Eine Verordnung des Justizministeriums bezüglich der Bildung der Geschworenenlisten für das Jahr 1852 ist erschienen. Darnach hat der Kreispräsident oder der delegirte Bezirkshauptmann die Jahressliste unter Mitwirkung der Gemeindevorsteher aller Orte, wo Bezirkgerichte sich befinden, zu entwerfen, und ist hierbei Rücksicht zu nehmen, daß wo möglich befähigte Individuen der Jahressliste einverleibt werden und daß mindestens der vierte Theil derselben dem Orte des Landesgerichts oder der Umgebung angehören.

Wie wir vernehmen, werden in Folge der eben geschlossenen Telegraphen-Konferenz mehrere Abänderungen des im deutsch-österreichischen Telegraphenverein bisher geltenden Tarifes eingeführt werden. Der Preis für Privatdepeschen soll herabgesetzt, außerdem aber noch die Skala der Entfernung gleichmäßiger und zweckdienlicher abgestuft werden, als bisher der Fall war.

O. C. **Krakau,** 8. Okt. [Die Reise des Kaisers.] Heute Abend ist Se. Ex. der Kommandeur des 4. Armeecorps, General der Kavallerie Fürst Schwarzenberg aus Lemberg hier eingetroffen und wird morgen mit Sr. Ex. dem Herrn Statthalter an die galizisch-schlesische Grenze nach Biala zur Bewillkommung Sr. Majestät sich begeben.

Nach neuesten Mittheilungen dürfte die Ankunft Sr. Maj. des Kaisers in Lemberg mit Bestimmtheit am 16. d. erwartet werden.

Wie man vernimmt, hat Se. Maj. der Kaiser auf der nach Galizien angetretenen Reise Olmütz im besten Wohlstand passirt und dürfte Allerhöchstverselbe zur Stunde bereits in Krakau eingetroffen sein.

* **Von der italienischen Grenze.** [Das Turiner Kabinett. — Verurtheilungen in Neapel.] Aus Turin berichtet man, daß nicht nur der Unterrichtsminister Gioja, sondern auch der Minister der öffentlichen Bauten, Palocapa, aus dem Kabinett scheiden, nicht weil sie mit ihren Kollegen politisch differieren, sondern weil sie geborene Lombarden sind, die den Ereignissen von 1848 ihre Naturalisation in Piemont verdanken. Eine Annäherung an Österreich, die herbeigeführt, oder im Begriff sei, herbeigeführt zu werden, mache ein Ministerium notwendig, in welchem die Emigration, selbst dem bloßen äußeren Scheine nach, nicht vertreten sein dürfe, wenn jeder Anstoß bei Effektuierung eines innigen Einverständnisses vermieden werden sollte. — Von Savoie heißt es immer bestimmter, daß er zu Transactionen bezüglich der Verhältnisse Piemonts mit Rom und Österreich bereit sei, und in diesem Punkte, im Kabinett namentlich durch den Justizminister de Foresta, so wie den Präsidenten der Deputirtenkammer Pinelli, der häufig zu den Ministerberathungen zugezogen wird, und an Einfluß gewinnt, unterstützt wird. — In Neapel hat der Kriminalgerichtshof in dem Prozesse gegen die 44 wegen der Ereignisse vom 5. September 1848 angeklagten Individuen, auf Gefängnishaft in Eisen für die Dauer von je 7, 19, 20, 24, 25 Jahren erkannt.

G r o ß b r i t a n n i e n .

London, 8. Oktober. [Australisches Gold. — Baron Koller. — Warrung der Times.] Das Eintreffen des Dampfschiffes „Arbuthnot“ aus Australien hat in der City Sensation erregt, indem es australisches Gold am Bord hatte. Obgleich man neuere Berichte hat als jene, welche dieses Schiff bringt, bestätigen die das mit eingetroffenen Berichte ebenfalls die Thatsache, daß in der Nachbarschaft von Batshurst viel Gold gefunden wird. Das Goldgraben ist indessen mit großen Mühseligkeiten verbunden.

Eben trifft die Nachricht ein, daß der dänische Gesandte Graf Reventlow plötzlich zu Glasgow gestorben. Ein Herzkrampf machte seinem Leben ein Ende.

Der „Standard“ will wissen, daß der österreichische Gesandte am Hofe von St. James, Baron Koller, von seiner Regierung Befehl erhalten, seine Pässe zu verlangen (?), wenn Rossuth in Southampton gelandet.

Die Times widmet heut den Kontinentalzuständen eine Betrachtung, deren Zweck darin besteht, die englischen Kapitalisten zu warnen, wären sie an und für sich nicht schon eingeschüchtert, Gelder zur Aufrethaltung des Absolutismus herzugeben, wozu das jüngste österreichische Anleihen ihr Veranlassung giebt. Thatsächlich hat das österreichische Anleihen an der Londoner und Amsterdamer Börse sehr geringe Abnahme gefunden, woraus sich nur ergiebt, wie gering das Vertrauen ist, welches die großen Kapitalisten auf die österreichischen Zustände setzen.... Keine Regierungssform, meint die Times, wie sie auch heiße, könnte ihre ursprüngliche Pflichten gegen das Volk erfüllen, welche nicht das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe zu erhalten wisse. Wenn aber die Schulden eines Staates sich lawinenartig anhäufen, so müßten sie am Ende jene vernichten, die leichtfertig genug gewesen, ohne Vorausicht ihm Vertrauen zu schenken.

F r a u k r e i c h .

** **Paris,** 8. Okt. [Tagesbericht.] Der Artikel des „Constitutionnel“ scheint die Fackel der Zwietracht in das Elysee geworfen zu haben. Alle Organe des Kabinetts donnern heute gegen denselben und erklären die Gerüchte von einer Ministerkrise für unbegründet. Es gibt für diese Erscheinung zwei Erklärungen: eine so wahrscheinlich als die andere. Entweder weiß das Kabinett selbst nicht, auf was man im Elysee rechnet; oder man schleudert hier Artikel, wie die berüchtigten Constitutionnel-Artikel, in die Welt, um der öffentlichen Meinung an den Puls zu fühlen.

Das „Avènement du peuple“ meldet über die Ministerkrise: „Im Ministerathe wurde die Frage der Widerrufung des Gesetzes vom 31. Mai verhandelt. Dies geschah hauptsächlich auf die von den Präfekten des Südens eingesendeten Berichte hin, welche von einem politischen Sinneswechsel bei ihren Beamten sprechen, und insbesondere die gerechte Stimmung der Bourgeoisie gegenüber dem Gesetz vom 31. Mai schildern. Da verlangte Leon Faucher die Diskussion des Gesetzes, allein zwei Minister, deren Namen wir nicht kennen, widerstehen sich einer Beschlusffassung. Hierauf erklärte Leon Faucher, daß er sich jedem Versuche, das suffrage restreint zu modifizieren, energisch widerstehen werde.“

Der „Courrier de Lyon“ enthält die Erzählung vom Empfange des Volksrepräsentanten Falloux in Lyon. „Gestern wurde der Handelsverein von Lyon mit einem Besuch des Herrn v. Falloux geehrt. Alle Mitglieder desselben, so wie der General Castellane und die ersten Behörden waren versammelt, um den berühmten Reisenden zu empfangen und zu hören. Falloux nahm hierauf das Wort und nach den gewöhnlichen Begrüßungen ging er auf die Tagesfragen über. Der Redner zollte dem guten Willen des Präsidenten der Republik seinen vollkommenen Beifall; allein Louis Napoleon sei doch nichts anderes, als ein den gewöhnlichen Wechselpfählen des Daseins unterworfer Mensch, weshalb er allein nicht die Stütze der Ordnung und der Damm gegen die Anarchie sein könne. Das wahre Mittel sei die Erwählung einer Nationalversammlung, deren Majorität der wahre Ausdruck der Majorität des Landes. In diesem Augenblicke sei keine Partei stark genug, die sich damit schmeicheln könne, allein die öffentliche Gefahr zu beschwören. Dieses Resultat könne nur durch die Vereinigung der redlichen Männer aller Parteien erzielt werden. Auf die Krise von 1852 kommend, erklärte Falloux, daß gleich nach der Eröffnung der Nationalversammlung die Revision wieder zur Sprache kommen werde, daß sich die Ordnungspartei anstrengen werde, im Sinne der durch die Verfassung selbst bestimmten Normen, die Revision durchzusehen, daß die Majorität gesonne sei, wenn sie dies erreicht, den für die Generalwahlen festgesetzten Zeitraum früher eintreten zu lassen, um auf diese Weise die Gefahren der parlamentarischen und Präsidentenwahl, welche sonst zusammen fielen, zu umgehen. In den Privatgesprächen, die nach dieser Rede stattfanden, sprach sich Falloux mehrmals über das Gesetz vom 31. Mai aus. Seine Ansicht war natürlich ganz zu Gunsten dieses heilsamen Gesetzes.“

Herr v. Falloux, welcher inzwischen in Paris angekommen ist, ließ sich in Lyon die Umarmung Sauzets gefallen und die guten Lyonsen sahen darin das Symbol

einer sic und fertigen Fusion. Leider ist Herr v. Falloux nicht der Graf Chambord und Herr Sauzat nicht der Graf von Paris.

Belgien.

Brüssel. 9. Oktober. [Der König] gab auf die Anrede des Wortführers des Provinzialraths von Luxemburg folgende denkwürdige Antwort: „Meine Herren! Der Patriotismus, den die Luxemburger immer bestätigt, wie die andern Eigenschaften, welche sie auszeichnen, machen sie Belgien thuer; die Unabhängigkeit Belgiens wurde größtentheils 1830 durch ihre edle Mitwirkung besiegt; denn die Luxemburger haben sich an den Ereignissen jener Zeit betheiligt. Die Zerstörung hat uns einen Theil Ihrer Provinz genommen, allein seit diesem Opfer ist unsere Unabhängigkeit bestätigt; Niemand ist eifersüchtig auf uns, ich sage vielmehr, wir haben in Europa, selbst in der ganzen Welt die Achtung aller Völker uns erworben. Ueberflüssig ist es, über die Folgen der Anlage einer Eisenbahn im Luxemburgischen hier Worte zu verlieren, Sie kennen alle deren Wichtigkeit, ich will daher nicht weiter mich darüber ausschaffen. Wir haben noch Kämpfe zu bestehen, Ihnen meine Herren liegt es ob, die Anstrengungen des Gouvernements zu unterstützen!“ — Der König wird Freitag wieder hierher zurückwartet. — Minister Rogier befindet sich jetzt in London.

Portugal.

Lissabon, 29. Sept. [Emeute nicht zu Stande gekommen.] Wir haben hier einen Schreck gehabt, der glücklicher Weise grundlos war. Der Herzog von Saldanha befand sich ruhig auf seiner Villa 18 Meilen von hier, als ihm plötzlich Kouriere von einer Verschwörung Nachricht brachten und einer Emeute, die auf dem Punkte stände auszubrechen. Man wollte Signale zwischen der Kaserne del Carmen (Kaserne der Municipalgarde) und dem Kastell St. Georges beobachtet haben. Was daran wahr ist, ob die schnelle Rückkehr des Herzogs den Ausbruch verhinderte, Alles ist noch Geheimnis. Die Regierungspartei wird ernsthaft an eine Kontrarevolution glauben, die Cabralisten werden behaupten, die Septembristen wollten dem Herzog von Saldanha bange machen und ihn so nötigen, die Municipalgarde aufzulösen. Das ist ein ausgewähltes Korps, eine treffliche Polizeitruppe, und der gegenwärtigen Regierung sehr abgeneigt. Bis jetzt ist Alles ruhig.

Amerika.

Aus Mexico liefern in New York Nachrichten ein, daß in den Staaten Tamaulipas und Coahuila Revolution ausgebrochen sei und zahlreiche Tejaner den Aufständischen zu Hülfe eilen, unter denen sich Mitglieder der ersten Familien Mexicos befinden sollen. Zur Dämpfung dieses Aufstandes an der Mündung des Rio Grande sind Gouvernementstruppen abgesendet. Die Regierung befindet sich in nicht geringer Verlegenheit, da die amerikanischen Entschädigungsgelder längst aufgebraucht sind und an neue Steuerauslagen nicht zu denken ist bei gegenwärtigem Miswachs und großer Theurung. Der herrschende Mangel soll wahrhaft entsetzlich sein, und somit fallen natürlich die Augen der Hungernden auf die durch keine Steuern belasteten ungeheueren Güter der Geistlichkeit.

Mannigfaltiges.

— Die „Freim. Sachsen-Ztg.“ berichtet aus Dresden über die dort angekommene Sängerin Schröder-Devrient: „Die frühere sächsische Hoffsängerin Madame Schröder-Devrient, jetzt verheirathete Baronin v. Bock, kompromittierte sich bekanntlich sehr stark bei dem Dresdner Aufruhr. Dieselbe wurde nun in Folge dieses, wenige Stunden nach ihrer in diesen Tagen in Dresden erfolgten Ankunft auf das Polizei-Bureau citirt und nur nach sofortiger Stellung einer Kavution von 500 Thlrn. wieder entlassen. Sie hat Dresden mit ihrem Gemahl — wie man behauptet, auf Anrathen von unter diesen Umständen höchst eigenthümlicher Seite — schleunigst wieder verlassen.“ — Die Sängerin hatte bekanntlich am 3. Mai 1849 von einem Fenster des Altmarktes hinab, als unten auf einem Karren ein erschossener Rebellen vorbeigefahren wurde, das Volk mit dramatischer Bravour „zur Rache“, und zwar mit für einen zarten Damenmund wenig passenden Worten aufgesondert. (V.)

— Wer nach Amerika auswandert, möge sich das Weintrinken abgewöhnen. Bachussens Nah ist dort enorm theuer. Wir haben eine Weinkarte eines Gasthauses in St. Louis vor uns, auf welcher die Flasche Madeira mit 12 Dollars notirt ist. Wir würden dies für einen Druckfehler gehalten haben, wenn eine ähnliche Karte des großen Prachthotels „Astor-House“ in New York uns nicht noch einen höheren Schrecken eingejagt hätte. Auf dieser beträgt der Preis für eine Flasche Madeira 23 Dollars. Wer's nicht glauben will, möge sich einer der zukünftigen Sommer arrangirten „Extrasafarten zu ermäßigten Preisen um die Welt“ anschließen und in New York sich selbst davon überzeugen.

— (London.) Montag begann in Knowsley die Versteigerung der größten Privatmenagerie in Europa, die der verstorbene Earl of Derby seinem als Lord Stanley berühmt gewordenen Sohn hinterlassen hatte. Sie besteht aus 1600 Vogeln und Viersüßern; die Unterhaltskosten der Menagerie betragen gegen 10,000 Pfstl. jährlich. So viel wird sie dem jetzigen Earl schwierig bringen. Unter den Kauflustigen, die der Auktion in Knowsley beiwohnen, ist Herr Preveaux, Sekretär des Jardin des Plantes in Paris, ferner Herr Verchmann vom Tiergarten in Amsterdam, Herr Bachmann, desgl. aus Antwerpen &c. — Wie es scheint, will die Celtaische Emigration in Irland, welche man Exodus (Auszug aus Ägypten) getauft hat, diesen Namen infosfern verdienen, als die Auswanderer häufig, wie weiland die Kinder Israel, silberne Löffel mitnehmen. In der Grafschaft Cork brachten binnen 14 Tagen 40 Pächter durch, nachdem sie die Ernte verkauft, ohne einen Penny Zins zu bezahlen, und gingen mit vollen Taschen nach Amerika.

— Seitdem es gelang, Calais mit Dover durch einen elektrischen Telegraphen zu verbinden, taucht der Gedanke wieder auf, Nord-Amerika mit der Irischen Westküste durch den elektrischen Telegraphen in Verbindung zu bringen. Sachkundige behaupten selbst, daß man auf eine nicht kostspielige Weise diese Verbindung herstellen könne. Es wäre nämlich im Plane, einen einzigen Draht mit Guutta Percha umwunden, anzuwenden und denselben mit einem Hanfgewebe zu umhüllen, welches durch eine chemische Bereitung in Stand gezeigt würde, dem Seewasser Widerstand zu leisten. Der Draht solle von England aus nach Irland und zwar bis an den Punkt der Südwestseite geführt werden, welcher Nordamerika zunächst liegt, so daß die Entfernung über das Meer hin kaum etwas über 2000 englische Meilen betrüge. Der Draht könnte im Sommer mittelst eines Dampfschiffes ganz bequem gesenkt werden, ohne daß das Dampfschiff deshalb seine Fahrt zu verlangsamen brauche. Man schlägt die Kosten der so einfachen Verbindung auf kaum mehr als 100,000 Pfst. St. an.

— In Nordamerika greift die Sitte unter den Frauen um sich, sich nach der Männerart zu kleiden. In einem Philadelphiablatt liest man, daß an einem schönen Abend 20 bis 30 fashionable Damen sich auf der besuchtesten nördlichen städtischen Promenade in Männertracht blicken ließen. Ein Paar Amerikanerinnen wollten in London die lächerliche Kombination auch aufführen, wurden aber vom Volke so verhöhnt, daß ihnen die Lust dazu ausgingen.

— Auf dem Ohio hat der Leichtsinn des Ingenieurs eines Dampfschiffes wieder ein schreckliches Opfer gekostet. Auf dem Dampfschiff Tacion platzte der Dampfkessel, wobei 20 Passagiere gleich ihren Tod fanden und 30 andere auf die furchtbare Weise verbrannten wurden; der Ingenieur selbst blieb verschont und um sich vor der Rache und seiner Bestrafung zu flüchten, stürzte er sich in die Flüthen und schwamm ans Ufer.

[362] Nothwendiger Verkauf.

Die in Ottendorf, Bünzlauer Kreises sub Nr. 226 belegenen, beim Brauemeister Johann Franz Kleinadam gehörigen, vom Dominio Ottendorf abgezweigten Realitäten, bestehend aus Gebäuden, in diesen befindliche Brauerei und Brennerei und 179 Morgen 143 Ar. Hofraum, Acker, Wiesen und Ländereien nebst dazu gehörigen Brau- und Brennerei-Gerechtigkeiten und Krugs-Verlags-Rechte &c. gerichtlich abgeschätzigt zu 12,607 Thlr. 10 Sgr. (der Wert der Gebäude beträgt 7052 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.) soll in termino

den 19. November d. J.

Vormittags 11 Uhr vor dem Kammergerichts-Assessor Wolff an Gerichtsstelle subhastirt werden.

Taxe und Hypothekenschein sind in unserem 3. Bureau einzuführen.

Zu den Termine werden die unbekannten Freien der verstorbenen Regierung-Direktor Krug zu Nidda, Auguste Henriette, geb. Kloß, vorgeladen.

Bünzlau, den 7. April 1851.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

[641] Nutzholz-Lieferung.

Für die hiesige Königliche Artillerie-Werkstatt soll im nächsten Winter durch Lieferungs-Unternehmer eine Partie frischer Nutzhölzer beschafft werden und zwar circa

4 eichene Sattelbäume,

150 — 3½ zöllige rothföhne Eichenbohlen,
5 — 4zöllige eichene Bohlen,
8000 laufende Fuß eiserne 1½ zöllige Bretter,
1400 laufende Fuß eisene 7zöllige Kloven,
400 rothföhne kleine Naben.

Es ist dazu ein Submissions-Termin auf Sonnabend den 25. Oktober d. Vormittags um 11 Uhr in unserem Geschäftskloake hier selbst angezeigt. Die Beschaffenheit der Hölzer und die Lieferungsbedingungen liegen von heute ab hier zur Einsicht bereit. Kautionsfähige und geeignete Unternehmer werden zur Übernahme dieser Lieferung aufgefordert und eracht, ihre Angebote schriftlich und versiegelt mit der Aufschrift: „Submission über Nutzholz“ bis zur Terminszeit portofrei an uns einzureichen.

Neisse, den 6. Oktober 1851.

Königliche Verwaltung

der Haupt-Artillerie-Werkstatt.

[640] Lieferungs-Unternehmen.

Für die hiesige Königliche Artillerie-Werkstatt soll auf das Jahr 1852 die Lieferung ihres Bedarfs an Leder, Hanf und Leinwand auf dem Wege der Submission verdungen werden. Hierzu ist auf Sonnabend den 25. Oktober d. Vormittags 9 Uhr ein Termin in unserem Geschäftskloake hier selbst angezeigt, woselbst Proben von jenen Artikeln und die anderweitigen Bedingungen von heute ab zur Ansicht bereit liegen. Kautionsfähige und sonst geeignete Unternehmer werden hiermit zur Übernahme dieser Lieferungen aufgefordert und eracht, ihre Angebote getrennt, schriftlich und versiegelt bis zum Anfang des Terms unter der Aufschrift: „Submission über Leder &c.“ portofrei an uns einzureichen.

Neisse, den 6. Oktober 1851.

Königliche Verwaltung

der Haupt-Artillerie-Werkstatt.

[3547] Verloren.

Sonntag Vormittag den 12. d. ist auf dem Wege vom Dom nach der Junfernstraße ein goldner Brod (mit Granaten in der Mitte, am Rande mit acht weißen Perlen belegt) mit drei Bommeln an einem goldenen Ketten verloren worden. Der Finder wird gebeten, denselben Junfernstraße Nr. 18 im ersten Stock gegen angemessene Belohnung abzugeben.

[1721] Eine kleine goldene Damen-Uhr, mit blauem Email, am Haken von derselben Farbe, wurde am 10. Oktober von Thiergarten bis in den Ohlauer Bahnhof verloren. Dem ehrliechen Finder wird ein Friedrichsdor Belohnung nachgewiesen im Comptoir Herrenstraße Nr. 20 in Breslau.

Mais-Kultur.

Dieseljenigen Landwirthe, welche pro 1852 amerikanischen oder süddeutschen Mais durch unsere Vermittelung zu beziehen wünschen, werden eracht, wo möglich vor dem 1. November ihre Austräge franco entweder an uns direkt oder an die

Herrn A. Schulz und Hendsche in Breslau, Albrechts-Straße Nr. 21, dem Portal der Regierung gegenüber, Herren Brethschneider und Comp. in Glogau,

Herrn Gustav Kahl in Liegnitz, Herrn Theodor Schuster in Görlitz, Herrn J. G. Scheder sel. Sohn in Schweidnitz,

Herrn C. Lange in Neisse, gelangen zu lassen, welche bereit sind, Bestellungen für uns entgegen zu nehmen und Zahlungen zu empfangen. Auch sind dagebst, ebenjo wie bei uns, die näheren Bedingungen zu erfahren. Berlin, im Oktober 1851. [1665]

J. F. Poppe und Comp.

[1716] Fremdenliste von Zettlis Hotel. Gräfin v. Leditz-Leipe aus Rosenthal. Gräfin v. Radolina aus Dresden. Graf von Frankenberg aus Bünzlau. Lieut. v. Pöllnitz, Port. Oswald und Kaufm. Böttcher aus Berlin. Fabrik Degenfeld aus Erfurt. Martin-Offizier Janzen und Gutsbes. Stouden aus London. Gutsbesitzerin v. Taczanowska aus Posen. Kaufm. Hilbert aus Langenbielau. Kaufm. Bittner aus New-York. Kaufm. Kluge aus Frankfurt.

Markt-Preise.

Breslau am 13. Oktober 1851

seifte, seime, mit, ordin. Waare.

Weißer Weizen	66	64	60	52	Sgr.
Gelber ditto	64½	63	60	55	
Rogen	57	55	52	50	
Gerste	44	42	40	38	
Hafer	28	27	26	25	
Raps	75	73	71	68	
Sommer-Rübzen	57	55	52	51	
Spiritus	9½	8	7	6	Gld.

Die von der Handelskammer eingesetzte Marktkommission.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach } Oberschles.	Perf. } 7 Uhr, 1 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 Min. Abends.
Ant. aus }	Züge } 3 u. 30 M., 8 u. 20 M. Abd.; von Oppeln 9 u. 45 M. Mrg.
Abg. nach } Berlin	Perf. } 8½ u. M., 5¼ u. N.M. Güter- } 7 u. M., 11¾ u. 23 M.
Ant. von }	Züge } 10 u. M., 7 u. Abd. züge } 8½ u. M., 6¾ u. N.M.
Abg. nach } Freiburg	{ 8 Uhr Morg., 5 Uhr 15 Min. Nachm.; sowie nach Schweidnitz.
Abg. von } Schweidnitz nach Breslau 7 u. Mrg., 3 u. 5 M. N.M.; nach Freiburg 6 u. 25 M. N.M.	
Abg. von Königszelt nach Schweidnitz 3 Uhr 40 Min. Nachmittags.	

Börsenberichte.

Berlin. 11. Oktober. Die Börse war auch heute sehr geschäftslos, und erst am Schlusse zeigte sich für einige Effekten zu besseren Coursen vermehrte Frage.
Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 107½ à % bez. Priorität 4½ % 102½ bez. Priorität 5 % 104½ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 80% bez. Priorität 4% 86 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 34%, %, % bez. und Gld., Priorität 5% 100 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 93½ bez. und Br., Priorität 4% 98 bez. und Gld., 4½ % 102½ bez. und Br., Priorität 5% Serie III 103 bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31% Gld., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½ % 135 bez., Litt. B. 3½ % 122½ Gld. Rheinische 64 à % bez. und Gld. Gld. und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 103% bez. Staats-Schuld-Scheine 88½ bez. Sechshunderts-Prämienscheine 120½ Gld. Posener Pfandbriefe 4% 103 Gld., 3½ % 94½ Br. Preußische Rent-Antheil-Scheine 98 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94½ Gld., neue 4% 94½ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Gld. 4% 84 Gld., à 300 Gld. 144½ Br.

Wien. 11. Oktober. Die Geschäfte waren auch heute nicht sehr animirt. Zinstrapende Fonds eher etwas matter, ältere unverändert; neues Anlehen in A. 92, in B. 98½, Nordbahn Aktien höher begehrt und von 143½ bis 142% gemacht. Komptanten und Wechsel sind neuerdings um ¼ bis ½% zurückgegangen und fanden mehr Geber als Nehmer. 5% Metalliques 93, 4½ % 81%; Nordbahn 143; Hamburg 2 Monat 176%; London 3 Monat 11. 52.; Silber 20.